

Griechenland in der Krise: Bewertungen in griechischen Fachartikeln und Zeitungen der Jahre 2011 und 2012

Pohlkamp, Elli-Katharina

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pohlkamp, E.-K. (2013). *Griechenland in der Krise: Bewertungen in griechischen Fachartikeln und Zeitungen der Jahre 2011 und 2012*. (SWP-Zeitschriftenschau, 01/2013). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-366890>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Griechenland in der Krise

Bewertungen in griechischen Fachartikeln und Zeitungen der Jahre 2011 und 2012

Elli-Katharina Pohlkamp

Seit 2009 befindet sich Griechenland in einer Schuldenkrise und unter dem fortwährenden Druck, einen Staatsbankrott zu verhindern. Nachdem die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) 2010 ein gemeinsames Hilfspaket geschnürt hatten, einigte sich die Troika, die Vertreter der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des IWF, auf ein Sanierungsprogramm, das mehrere in Griechenland umstrittene Sparpakete beinhaltet. In der deutschen Öffentlichkeit und Teilen der Politik bringt man dem griechischen Staat nur ein äußerst geringes Vertrauen entgegen. Die Rettung Griechenlands, so der herrschende Tenor, berge »viele Risiken« für die internationalen Geldgeber. Anders als in Deutschland gewöhnlich dargestellt, gibt es unter Vertretern der seriösen griechischen Medien und Wissenschaft durchaus eine vielseitige und selbstkritische Diskussion über die aktuelle Situation und die Zukunft des Landes.

Die Schuldenkrise und die erhoffte Rettung des Landes daraus sind in der griechischen Öffentlichkeit derzeit das beherrschende, täglich erörterte Thema. Aufgrund der Aktualität der Krise, gibt es bisher nur wenige wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit der Problematik. Die Diskussion findet derzeit vor allem in den Medien statt. Wenn man sich über die Grundlinien der innergriechischen Debatte über die Ursachen, Auswirkungen und möglichen Auswege aus der Krise informieren möchte, sind neben einschlägigen Beiträgen aus der Wissenschaft Kommentare in seriösen Tageszeitungen des linksliberalen und konservativen Spektrums relevant.

Die Ursachen der Krise

Nikos Mouzelis, Professor für Soziologie an der London School of Economics, argumentiert, dass in Griechenland keine Parteidemokratie, sondern eine von »Parteiinteressen geleitete Demokratie« herrscht. Die griechische Demokratie sei charakterisiert von Misswirtschaft der öffentlichen Finanzen, Steuerhinterziehung, Korruption und einer unwirksamen öffentlichen Verwaltung sowie von einer »surrealen« Wirtschaftsstruktur. Für das Land ebenso kennzeichnend seien signifikante Asymmetrien in der Gesellschaft und ein ausgeprägter Klientelismus innerhalb der politischen Eliten. Der finanzielle Einbruch durch die Krise, die erforderlichen Sparpläne und

Umstrukturierungsmaßnahmen hätten zu einem rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Dies sei ein Beleg dafür, dass der griechische Staat über keine ausreichenden politischen und institutionellen Instrumente für Notsituationen verfüge. Dies habe die wirtschaftliche und inzwischen auch gesellschaftliche Krise überhaupt erst möglich gemacht.

Im Gegensatz dazu sieht **Vassilis Panagiotopoulos** von der National Hellenic Research Foundation die Ursache der Krise in einer defizitären politischen Führung, und zwar nicht nur auf griechischer, sondern auch auf europäischer Seite. Seiner Ansicht nach ist das Verhalten und Agieren gegenüber Griechenland wie auch gegenüber den anderen EU-Mitgliedstaaten von Unehrlichkeit geprägt, was das Ausmaß der gesamten Finanzkrise betrifft. Diese Unehrlichkeit zeige sich in dem unsystematischen Handeln Griechenlands, aber auch der Troika. Panagiotopoulos kritisiert, dass beide Parteien zu sehr zu überstürzten Maßnahmen neigten und es unterlassen hätten, Langzeitstrategien zu erarbeiten. Dieser Aktionismus erkläre sich unter anderem mit Wahlkampfkalkülen der Regierungen verschiedener EU-Mitgliedstaaten, in denen Parlamentswahlen anstünden. Die Bundestagswahl in Deutschland im Jahr 2013 führt der Autor explizit als Beispiel an. Diese Regierungen würden in ihren Entscheidungen von innenpolitischen Rücksichten konditioniert und seien somit in ihrem Urteilsvermögen über vernünftige Rettungsmaßnahmen für Griechenland beeinträchtigt. Das sei ein Grund, warum die EU bei der Rettung Griechenlands keine angemessene Führungsrolle einnehme.

Schließlich werden von anderer Seite gelegentlich externe Faktoren für die Situation verantwortlich gemacht. **Anna Frangoudaki**, emeritierte Professorin der Universität Athen, vertritt die Auffassung, dass die globale Finanzkrise eine allgemeine Systemkrise nach sich gezogen habe, die sich auf die gesamte EU auswirke. Innerhalb der Gemeinschaft habe Griechenland jedoch »den Anschluss verpasst«, was nicht

allein in der Verantwortung Athens liege. Die Ursache auch der griechischen Krise sei ein falsches globales Wirtschaftssystem, insbesondere Finanzwirtschaftssystem.

Argumentationen, die auf externe Strukturen und globale Ordnungen verweisen, um Griechenlands Krise zu erklären, sind in der nationalen Diskussion jedoch eher in der Minderheit.

Bewertungen der bisherigen europäischen und griechischen Maßnahmen

Pavlos Papadopoulos, Journalist der liberal-konservativen Zeitung *Kathimerini* richtet den Fokus in seinem Artikel auf interne Strukturprobleme. Er kritisiert, dass die Regierungen Griechenlands nicht die Verhandlungskultur der Führungen anderer europäischer Staaten pflegten. Sie seien nicht darin geübt, eigene Initiativen und Reformvorschläge zu entwickeln und einzubringen, sondern begnügten sich mehr oder weniger bereitwillig damit, von außen oktroyierte Auflagen zu erfüllen. Den internationalen Akteuren fehle jedoch die nötige Kenntnis der griechischen Realitäten und Ausgangsbedingungen, so dass die vereinbarten Umstrukturierungsprogramme lebensfremd und nicht umsetzbar seien.

Differenzierter werden die Maßnahmen in der Wissenschaft diskutiert. »Griechenland benötigt die Hilfe von außen, um Wege aus der Krise zu finden«, konstatiert der Wirtschaftswissenschaftler und EU-Experte **Loukas Tsoukalis**, Präsident der Hellenic Foundation for European and Foreign Policy. Zwar hält er die Auflagen der Troika für notwendig, er kritisiert jedoch die Reichweite und den Umfang der Vorgaben und den eng bemessenen Zeitraum für deren Umsetzung.

Experten wie Tsoukalis, aber auch **Stergios Babanasis**, Professor Emeritus der University of the Aegean auf Lesbos, argumentieren, dass die Bedingungen für Hilfsprogramme die wirtschaftliche Dynamik

Griechenlands eher abbremsen als fördern. Sie bezeichnen die Sparauflagen als eine Art »Nullsummenspiel«: Zweifellos seien Einsparungen erforderlich, diese zögen aber den Verlust von Entwicklungsmöglichkeiten nach sich. In der Folge steige die Staatsverschuldung weiter und ein wirtschaftlicher Aufschwung werde blockiert.

Darüber hinaus, erläutert Tsoukalis, brauche ein politischer Wandel Zeit, insbesondere dann, wenn er sich innerhalb des Rahmens strenger und komplexer EU-Regularien vollziehen müsse. Erschwerend käme hinzu, dass zu Beginn in den Umstrukturierungsplänen falsche Prioritäten gesetzt worden seien. Ferner werde auch wegen der Begrenztheit des Handlungsspielraums der griechischen Regierung, die wiederum aus der Dysfunktionalität des griechischen Staatsapparats und des mangelnden gesellschaftlichen Konsenses resultiere, mehr Zeit benötigt als vorgesehen.

Schließlich wendet sich Tsoukalis auch noch der externen Dimension der Rettungsmaßnahmen zu. Die Notlage Griechenlands sei ein »Testfall« für die Europäische Union und ihre Krisenmechanismen. Am Beispiel Griechenlands werde deutlich, dass die EU weder über die Institutionen noch die Instrumente verfüge, um auf vergleichbare Situationen zu reagieren. Dies zeige sich insbesondere an der Schwierigkeit der Union, Lösungen für die nationalen Finanzkrisen Griechenlands und anderer Mitgliedstaaten zu finden.

Interne Auswirkungen der Krise

Nikos Konstandaras, Journalist der liberal-konservativen Zeitung *Kathimerini*, legt den Akzent auf die Zunahme sozialer Ungleichheit, die ein unerwünschter Effekt der Schuldenkrise und der Sparauflagen sei. Dadurch werde die bereits zersplitterte griechische Gesellschaft weiter destabilisiert und letztlich »nahezu zerstört«. Der akute Zerfall des politischen Zentrums und die starke Polarisierung zwischen den politischen Parteien sei eine unmittelbare

Folge der Krise und der öffentlichen Reaktion auf die aktuellen Auflagen der EU und des IWF. Die gegenwärtige Spaltung der griechischen Gesellschaft äußere sich in der Bildung einer neuen Parteienlandschaft mit radikalen Strömungen nach links wie nach rechts. Dabei werde die neue extrem linke Partei Syriza zwar mehrheitlich unterstützt, jedoch weiterhin der amtierende Ministerpräsident der Partei Nea Dimokratia als Premier bevorzugt. Diese »neuen Phänomene der Kontroversität« spiegeln laut Konstandaras den mangelnden gesellschaftlichen Konsens über den bisherigen Reformkurs des Landes wider. Sollten sich diese Tendenzen fortsetzen, sei die Demokratie des Landes in Gefahr.

Vassilis Mourdoukoutas von der Universität Athen, hält den nationalen Identitätsverlust des Landes für ein Problem, das schwieriger zu lösen sei als die Schuldenkrise selbst. Gemäß Mourdoukoutas hat die neue radikal-linke Partei Syriza in den letzten Wahlen nur deshalb so viele Stimmen gewonnen, weil sie eine grundsätzliche Alternative zu den zwei traditionellen Parteien, Nea Dimokratia und PASOK, darstelle, die in den Augen des Volkes verantwortlich für die Krise des Landes seien. Griechenland, so Mourdoukoutas, habe nicht nur seine Stabilität, sondern auch seine Autonomie, seine traditionellen Werte und seine darauf fußende Zukunftsperspektive verloren. Auch dadurch habe sich der gesellschaftliche Zusammenhalt aufgelöst. Die Wirkung der Krise sei somit ein Identitätsverlust des Landes.

Auswirkungen auf EU-Ebene

Loukas Tsoukalis (siehe oben) sieht auch ungeachtet der Effekte der Krise auf die Eurozone einen mangelnden Zusammenhalt innerhalb der EU. Dieser zeige sich unter anderem in wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Divergenzen sowie in einem wachsenden Nationalismus und Populismus. Beide Faktoren ergäben eine »gefährliche Mischung«, die eine euro-

päische Lösung zur Bewältigung der Krise Griechenlands erschwere. Durch die Finanzkrise werde das Nord-Süd-Gefälle innerhalb Europas verstärkt wahrgenommen. Während die nördlichen Länder Europas mit der Erwartung konfrontiert würden, die Länder des Südens zu subventionieren, würden die EU bzw. die Gesamtheit ihrer nördlichen Partnerstaaten von den südlichen Mitgliedern »als Austeritätspolizei« wahrgenommen. Dieses Nord-Süd-Gefälle habe selbstverständlich eine negative Wirkung auf die europäische Integration. Um diesem auf EU-Ebene entgegenzuwirken und die europäischen Ressentiments gegenüber Griechenland abzumildern, sollten, so Tsoukalis, die Union und ihre Partner europaweite Maßnahmen lancieren zur Förderung des Vertrauens in die EU und den Euro.

Vielfach in den Medien diskutiert werden auch die Uneinigkeiten zwischen dem IWF und der EU sowie insbesondere zwischen Berlin und der EU-Kommission.

Giorgos Papaioannou, Journalist der linksliberalen Zeitung *To Vima*, sieht eher im IWF als in der Europäischen Union einen Verbündeten Griechenlands. Das liege an der oft übermäßig rigorosen Haltung Deutschlands. Auch er schließt sich der Argumentation des Politologen **Vassilis Panagiotopoulos** an, dass das Verhalten und die Entscheidungen Deutschlands in der Griechenlandfrage häufig und vor allem in Wahlkampfzeiten von innenpolitischen Erwägungen bestimmt seien. Ein Beispiel dafür seien die langwierigen Verhandlungen im November und Dezember 2012 über die Genehmigung der nächsten Kredittranche für Griechenland aus dem vereinbarten zweiten Rettungspaket. Durch diese Interferenz würden nachhaltige und langfristige Lösungen verschleppt. Die Uneinigkeiten *innerhalb* der EU, aber auch zwischen der EU und dem IWF, seien kontraproduktiv für die Rettung Griechenlands wie auch für das Bestehen der Union als Ganzes. Wenn die Gemeinschaft diesem Trend entgegensteuern wolle, dann müsse sie eine stärker gesamteuropäische und

konsensuelle Dynamik in ihren Entscheidungsprozessen entwickeln.

Auswege aus der Krise

Welche Wege führen aus der Krise? Das wird unter griechischen Experten und Journalisten rege diskutiert, wobei sich vier Kernziele herauskristallisieren: Erreichen einer Wettbewerbsfähigkeit, politische Reform/Strukturreform, ein Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins und eine Abschwächung des antigriechischen Klimas in der EU. Diese Ziele sind überwiegend nur durch langfristige Strategien zu erreichen.

Der Finanzexperte der liberal-konservativen Zeitung *Kathimerini*, **Babis Papadimitriou**, zitiert eine Aussage des ehemaligen Finanzministers Evangelos Venizelos und stellt zur Diskussion, dass es Griechenlands Ziel sein solle, wieder ein »normales« Land zu werden. Ein »normales Land« bedeute: ein »normaler Staat, eine »normale Wirtschaft« und eine »normale Gesellschaft«. Papadimitriou glaubt, diese Normalität sei nur durch Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und über eine Strukturreform und Kürzung der Ausgaben zu erreichen. Ein Erfolg in diesen Punkten werde Griechenland die Möglichkeit eröffnen, auch das vermeintlich bedeutendste Ziel, die Unabhängigkeit und Gleichwertigkeit innerhalb Europas, wiederzuerlangen, die im Laufe der Krise verlorengegangen seien. Als Rezept empfiehlt Papadimitriou, die Mikroökonomie des Landes zu stärken. Griechenland müsse »zu den kleinen Dingen« zurückkehren, bei denen das Land über industrielle und technologische Wertschöpfungsvorteile verfüge und die sich für den Export eigneten. Die Wettbewerbsfähigkeit könne aber auch durch Privatisierungsmaßnahmen erhöht werden sowie durch die Verbesserung der Bedingungen für Auslandsinvestitionen und die Förderung griechischer Exporte und des Tourismus. Nicht zuletzt müsse Griechenland den Arbeitsmarkt reformieren. Vor allem müsse die Regierung in Athen langfristige Strate-

gien entwickeln. Erst durch die genannten Maßnahmen lasse sich der gesellschaftliche Zerfall aufhalten. Unerlässliche Voraussetzung für deren erfolgreiche Umsetzung sei jedoch ein Bewusstsein nationaler Einigkeit, das bis dato noch nicht vorhanden sei.

Aus dem linksliberalen Spektrum lassen sich jedoch auch Stimmen vernehmen, die ökologische Zielsetzungen und sozialdemokratische Wirtschaftsordnungsmodelle in den Vordergrund rücken. Der schon zitierte Finanzexperte **Babanasis** von der University of the Aegean (siehe oben) empfiehlt Griechenland, sich eine Nachhaltigkeitsstrategie mit autodynamischem Charakter zu eigen zu machen mit dem Ziel, sich langfristig auf die eigenen wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen stützen zu können. Der Königsweg für die Rehabilitierung des Landes sei eine Erweiterung der Produktion mit einer Schwerpunktsetzung auf grüne Wirtschaft. Die Regierung in Athen solle den Umweltschutz fördern, den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen und der Industrie umweltfreundlichere Produktionsbedingungen aufzwingen. Darüber hinaus betont auch Babanasis, wie wichtig es sei, ein Mindestmaß an sozialer Gleichheit wiederherzustellen und den Diskrepanzen zwischen reicheren und ärmeren Lebensräumen in Griechenland entgegenzuwirken.

Die ebenfalls dem linksliberalen Spektrum zuzuordnenden **Mouzelis** und **Frangoudaki** sehen eine mögliche Lösung für die griechische Schuldenkrise nur im Verzicht auf neoliberale Strategien und in der Einführung einer traditionellen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Was sie skizzieren, ist letztendlich ein Vorsorgestaat, der kontrollierend auf dem ungleichen Kapitalmarkt interveniert und Ungerechtigkeiten ausbalanciert sowie »soziale und ökonomische Ausnutzung« verhindert.

Demgegenüber vertreten Politikwissenschaftler der Universität Piräus, **Angelos Kotios**, **George Galanos** und **Spyros Roukanas** den Standpunkt, dass die Krise nur durch eine Doppelstrategie überwunden werden kann. Einerseits müsse es ge-

lingen, ebenjene strukturellen Schwachstellen zu beseitigen, die zur Krise geführt haben. Andererseits sei es notwendig, dass die EU die Zahlungsfrist verlängere und diese Entscheidung mit einem Teilschuldenschnitt verbinde, damit Griechenland Liquidität bewahre und sich entwickeln könne. Parallel dazu solle sich die Union auf diplomatischem Wege um vertrauensbildende Maßnahmen bemühen, um den grassierenden antieuropäischen Ressentiments entgegenzuwirken.

Parteienforscher **Takis Pappas**, Juniorprofessor an der University of Macedonia in Thessaloniki, hält eine Reform des politischen Systems für unabdingbar. Erste Ansätze könnten eine Verschlinkung der Bürokratie und des Staatsapparats sein. Pappas plädiert darüber hinaus für eine Reform des Wahlsystems, für die Einführung eines radikalen Privatisierungsprogramms und für die Liberalisierung der Märkte. Doch, so räumt der Autor ein, würden sämtliche politischen und strukturellen Reformen ebenso wie die Auflagen von außen nicht zum Ziel führen, solange die griechische Gesellschaft gespalten sei. Ein Mittel, diese wieder zusammenzuführen, sei eine Verfassungsrevision. Diese sei notwendig, um »neue Spielregeln« für die politischen Akteure zu schaffen, Spielregeln, die das Verhältnis zwischen der Gesellschaft und der politischen Elite neu definieren. Auch die öffentliche Debatte müsse sich anders gestalten und neu ausrichten und eine neue politische Moral durchsetzen, die die politischen Akteure auf einen neuen Ethos verpflichtet. Auch Pappas erkennt in dem Zerfall der politischen Parteien ein Problem der Gesellschaft. Er sieht aber Chancen dafür, dass die Reform des politischen Systems zu einer dauerhaften Stabilisierung des Landes beitragen könnte, auch wenn kurzfristig Griechenlands Schuldenkrise damit nicht gelöst sei. Ein nachhaltiger Ausweg aus der Krise könne nur über langfristige Strategien, nicht aber über kurzfristige Maßnahmen gefunden werden. In der Summe besteht also ein Konsens zwischen den politischen Lagern,

aber auch zwischen den Medien und der Wissenschaft darüber, dass Griechenland ein neues, weit in die Zukunft weisendes strategisches Konzept braucht.

Fazit

Anders als es zum Beispiel in deutschen Medien vielfach dargestellt wird, findet innerhalb Griechenlands durchaus eine differenzierte, auch selbstkritische und zukunftsorientierte Diskussion über die nationale Krise statt. Übereinstimmend sehen die seriösen Medien wie auch die Vertreter der Wissenschaft in der aktuellen Situation des Landes eine dreifache, nämlich wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise.

In beiden politischen Lagern überwiegt die Meinung, dass das klientelistische politische System Griechenlands und das herrschende gesellschaftliche Bewusstsein, auch der Eliten, die Ursache für die Krise des Landes sind.

Die bisher auferlegten konkreten Reformmaßnahmen, die aus Sicht aller Griechenland noch tiefer in die Rezession geführt haben, werden deutlich als kontraproduktiv und destruktiv beurteilt. Beanstandet werden der Umfang der Auflagen und besonders der enge zeitliche Rahmen für ihre Umsetzung. Vertreter der Wissenschaft kritisieren überdies den Mangel an EU-Institutionen und EU-Instrumenten, die zur Bewältigung solcher Notsituationen geeignet wären.

Überwiegend spiegelt sich in der griechischen Presse die Meinung wider, dass die von außen verordneten Reglementierungen zumindest mitverantwortlich sind für den Zerfall der griechischen Gesellschaft, der insgesamt als drastischste Auswirkung der Krise empfunden wird. Die wissenschaftlichen Analysen gehen so weit, von einem Verlust der nationalen Identität zu sprechen.

In dieser gesellschaftlichen und politischen Zerrissenheit Griechenlands sehen die Autoren ein signifikantes Hindernis für die Umsetzung der im Einzelnen diskutier-

ten Lösungsvorschläge, ungeachtet dessen, ob sie dem linksliberalen oder dem liberal-konservativen Spektrum zuzuordnen sind. Für die Krise selbst werden jüngere und weit zurückliegende Versäumnisse der griechischen Staatsführung sowie gleichermaßen der EU verantwortlich gemacht. Besonders in der linksliberalen Presse ist immer wieder der Wunsch zu vernehmen nach einem stärkeren innereuropäischen Zusammenhalt und einer stärker konsensorientierten Dynamik bei der Vereinbarung von Rettungsprogrammen für EU-Krisenländer.

Welche Lösungen zur Rettung Griechenlands werden gesehen? Übereinstimmend plädieren die Autoren dafür, die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft zu fördern, das politische System zu reformieren und neue langfristige Strategien zu erarbeiten. Gleichzeitig ist man sich einig, dass der derzeitige gesellschaftliche Zerfall, die bisherige Form der Auflagen, die Ressentiments von Seiten der EU sowie das enge zeitliche Korsett der Troika eine Verwirklichung dieser Ziele vereiteln. Die wichtigste Voraussetzung für die Umsetzung der oben genannten konkreten Ziele – quasi die ideologische Grundlage – sehen Vertreter der Medien wie auch der Wissenschaft in der Wiederbelebung des nationalen Einheitsgefühls.

Besprochene Artikel

Babanasis, Stergios/ Frangoudaki, Anna/ Mouzelis, Nikos/ Panagiotopoulos, Vassilis, »Synenteuxeis« [Meinungen], in: *To koinoniko potraito ths Elladas 2012. Opseis tis krisis* [Das gesellschaftliche Porträt Griechenlands 2012. Ansichten zur Krise], Athen: National Center for Social Research, 2012

Konstandaras, Nikos, »Oi thysies mas kai oi etairoi mas« [Unsere Opfer und unsere Partner], in: *Kathimerini*, 12.11.2012

Kotios, Angelos/ Galanos, Giorgos/ Roukanas, Spyridon, »I elliniki krisi kai i krisi tou systimatos diakybernisi tis evrozonis« [Die Krise Griechenlands und die Krise des Regierungssystems der Eurozone], in: *Sira erevmitikon ergasion*, 18 (Juli 2012) 1, S. 1–26

Mourdoukoutas, Vassilis, »Feeling Lost«, in: *Open Democracy* (online), 6.5.2012, <www.opendemocracy.net/vassilis-mourdoukoutas/feeling-lost>

Papadimitriou, Babis, »H epitychia tha krithei sti mikrooikonomia« [Der Erfolg wird sich in der Mikroökonomie entscheiden], in: *Kathimerini*, 16.11.2012, S. 11

– »O kyrios Tsipras metaxi dikaiou kai adikou« [Herr Tsipras zwischen Recht und Unrecht], in: *Kathimerini* (online), 13.11.2012, <www.kathimerini.gr/4dcgi/_w_articles_kathpolitics_1_13/11/2012_469734>

Papadopoulos, Pavlos, »Poso tha kratoun?« [Wie lange halten sie sich noch?], in: *To Vima*, 11.11.2012, S. 21

Papaioannou, Giorgos, »Me symmacho to DNT« [Mit dem IWF als Verbündeten], in: *To Vima* (online), 13.11.2012, <www.tovima.gr/PrintArticle/?aid=483724>

Pappas, Takis, »Facing the Greek Crisis: It's the Politics, Stupid«, in: *Open Democracy* (online), 11.6.2011, <www.opendemocracy.net/takis-s-pappas/facing-greek-crisis-it%E2%80%99s-politics-stupid>

Tsoukalis, Loukas, »European Distintegration? Markets, Institutions, and Legitimacy«, in: *Journal of Democracy*, 23 (Oktober 2012) 4, S. 47–53

– »Ethniki kyriarchia se mai chreokopimeni chora« [Nationale Souveränität in einem verschuldeten Land], in: *Kathimerini* (online), 29.02.2012

– »I evropi se epikyndino stavrodromi« [Europa an einer gefährlichen Kreuzung], in: *The Athens Review of Books*, 25 (Januar 2012)

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380